

# „Einmaliger Komplex“ in der Altstadt

Bald Treffen im Bauamt zur Klärung wichtiger Details

**ANSBACH (mhz) – In das Projekt des Frankenbundes, in dem Ansbacher Synagogenkomplex ein Dokumentationszentrum einzurichten, kommt Bewegung. Bei einem Termin Mitte Januar im Bauamt sollen grundsätzliche Fragen geklärt werden. Derweil kommt auch von außerhalb Unterstützung für diese Idee.**

Wie seitens des Bauamts bestätigt wurde, soll es dazu am 19. Januar ein Treffen aller Beteiligten geben. Doch schon im Vorfeld habe man gemeinsam mit Vertretern des Denkmalschutzes die Gebäude unter die Lupe genommen, erklärte Ernst Craßer, Leiter des städtischen Hochbauamtes. Dabei sind nach seinen Worten aus rein baulicher Sicht keine unüberwindlichen Hindernisse aufgetreten. Allerdings gehe es darum, die Räume des an die Synagoge angeschlossenen Dienerhauses barrierefrei zu gestalten, etwa mit einer Rampe. Die Größe und auch der zugegebenermaßen sehr kleinteilige Zuschnitt der Räume seien aber als ausreichend erachtet worden. Ein gesonderter Brandschutz sei hingegen kein Thema gewesen, so Craßer. Auch

wenn man vor allem das rückwärtige Dienerhaus im Fokus gehabt habe, sei auch eine Nutzung der Schulräume oberhalb der Synagoge durchaus denkbar. Allerdings müsste man in dem Fall den Raum grundlegend sanieren. „Entschieden ist in der Angelegenheit aber noch nichts“, betonte der Amtsleiter.

In den vergangenen Wochen hat sich auch Irith Michelsohn, Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Bielefeld und aus einer alten Ansbacher Familie stammend, in einem Schreiben an OB Carda Seidel gewandt. Michelsohn, die 2009 in der Synagoge den Vortrag zum Gedenken an die Reichspogromnacht gehalten hatte, unterstützt das Vorhaben des Frankenbundes, in dem Dienerhaus ein Doku-Zentrum über das Ansbacher Judentum einzurichten. Sie habe das Ensemble anlässlich ihres Besuches in Ansbach kennengelernt, schreibt nun Michelsohn an die OB: „Ich bitte Sie nachdrücklich, diese Pläne zu unterstützen.“

Die Einmaligkeit des Komplexes solle insgesamt bewahrt bleiben und nicht durch „unbedachtes Handeln“ oder finanziellen Druck anderweitig



Soll nach Vorstellung des Frankenbundes zum Dokumentationszentrum des Ansbacher Judentums werden: Der Komplex der Synagoge in der Rosenbadstraße.  
Foto: Albright

genutzt werden, was nicht mehr rückgängig gemacht werden könnte. Sicher gebe es für dieses Vorhaben auch Fördertöpfe auf Landes- und Bundesebene.

Ende Oktober hatte der Franken-

bund sein Projekt der Öffentlichkeit vorgestellt; vor allem der CSU-Bürgermeister Thomas Starkner hatte sich für das Vorhaben stark gemacht. Einen Grundsatzbeschluss des Stadtrates lehnte die Oberbürgermeisterin

aber Anfang November ab. Seidel wollte zuvor die organisatorischen und baulichen Details geklärt haben, sagte aber eine „wohlwollende Prüfung durch die Verwaltung“ zu (die FLZ berichtete).